



23/SVV/1298

Anfrage
öffentlich

Abschiebungsziel des Bundeskanzlers unterstützen

<i>Einreicher:</i> Stadtverordneter Finken, Fraktion CDU	<i>Datum</i> 21.11.2023
---	----------------------------

<i>geplanter Sitzungstermin</i>	<i>Gremium</i> Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	<i>Zuständigkeit</i> zur Kenntnis
-------------------------------------	---	--------------------------------------

Anlass des Auskunftersuchens gem. § 29 Abs. 1 BbgKVerf.:

Der Bundeskanzler hat sich hier klar positioniert und sich dafür ausgesprochen, endlich im großen Stil diejenigen abzuschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben.

Ich frage den Oberbürgermeister:

Was kann Potsdam dazu beitragen, dieses Ziel des Bundeskanzlers zu unterstützen?

Die zentrale Ausländerbehörde des Landes Brandenburg ist seit dem 01.09.2019 landesweit für Abschiebungen zuständig. Die Ausländerbehörde Potsdam prüft die Meldung ausreisepflichtiger Personen an die zentrale Ausländerbehörde auf der Grundlage der geltenden Rechtsvorschriften.

Der Vollzug des Aufenthaltsgesetzes ist eine Pflichtaufgabe der Landeshauptstadt Potsdam zur Erfüllung nach Weisung. Dieser Aufgabe wird im gesetzlich vorgegebenem Umfang nachgekommen.

Anlagen:

Keine